

## **Änderungsantrag Nr.**

TE080

### **Beantragt von**

Matthias Heppner

### **Programm**

Wahlprogramm/Parteiprogramm

#### **Schlagworte Pro**

Verhinderung von Ausbeutung & Armut, Verbot von Subventionen,  
Besserstellung für Zeitarbeiter, Stärkung der Binnenwirtschaft

#### **Schlagworte Contra**

Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, höhere  
Arbeitslosigkeit

#### **Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der  
Piratenpartei aufzunehmen:

Eine bundesweite Einführung eines Mindestlohns i.H.v. 7 Euro, welcher  
für alle Branchen verbindlich ist.

Deutschland leistet sich als eines der wenigen europäischen Länder  
immer noch den Luxus keinen bundesweiten und branchenübergreifenden  
Mindestlohn einzuführen und den Niedriglohnsektor immer weiter  
ausufern zu lassen. Zwar existieren eine Vielzahl von Tarifverträgen,  
die Mindestlöhne vorschreiben, aber diese enthalten oftmals  
Ausnahmeregelungen, wie z.B. dass diese nicht für Zeit-/Leiharbeiter  
gelten. Außerdem geht der Organisationsgrad der Gewerkschaften immer  
weiter zurück (mittlerweile weniger als 70%), so dass viele Branchen  
nicht tarifrechtlich erfasst sind.

Deshalb ist ein verbindlicher und branchenübergreifender Mindestlohn  
von 7 Euro einzuführen, um die Massenkaufkraft zu stärken und  
Menschen mit Vollbeschäftigung nicht von staatlichen Transfers  
abhängig zu machen.

#### **Begründung**

Gegen den Mindestlohn wird oftmal angeführt, dass dieser zu  
Arbeitsplatzabbau und somit zu einer höheren Arbeitslosigkeit führe.  
Dieses Argument ist jedoch erstens schon damit zu entkräften, dass  
andere europäische (Mindestlohn)Länder wie z.B. Frankreich leicht  
höhere Arbeitslosenraten haben wie Deutschland,

Eurostat

aber im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit weit besser dastehen

Eurostat

und zum anderen sind Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen und  
mit staatlicher Hilfe aufgestockt werden müssen volkswirtschaftlicher  
Unsinn. Mit einem solchen Dumpingsektor schwächen wir die Kaufkraft  
weiter Teile der Bevölkerung, was wiederum dazu führt, dass Löhne  
gesenkt werden müssen, um der niedrigeren Kaufkraft zu begegnen,

etc.. Dieser Teufelskreis führt einzig und allein dazu, dass sich zum einen die Exportindustrie freut, da diese im Hightechland Deutschland mit solchen Löhnen im internationalen Geschäft sehr gut dasteht, was wir auch fast alljährlich mit neuen Exportrekorden bewundern dürfen (China werden wir dennoch nicht mehr als Exportweltmeister ablösen) und zum anderen die Firmen, die auf den Binnenmarkt billigste Arbeitskräfte bekommen (Beispiel Friseurbranche). Nur ist es so, dass unsere Exportrekorde mit einem hohen Preis bezahlt werden -> dem der größer werdenden Armut. Es muss einfach realisiert werden, dass Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen, der Volkswirtschaft immer mehr Schaden als Nutzen zufügen. Unsere zu sehr auf den Export ausgerichtete Wirtschaft muss sich wieder stärker auf den Binnenmarkt konzentrieren und da helfen Mindestlöhne wieder einen starken Binnenwirtschaftskreislauf zu errichten und den ausufernden Niedriglohnsektor einzudämmen.

Zudem verstößt ein Stundenlohn, welcher selbst bei Vollzeitbeschäftigung mit Hartz IV aufgestockt werden muss gegen das Subventionsverbot, welches von der Piratenpartei offensichtlich angenommen werden wird. Branchen oder Firmen, die solch niedrige Stundenlöhne zahlen müssen, um wirtschaftlich rentabel arbeiten zu können, gehören offensichtlich einer toten Branche an oder sind schlecht geführt, so dass sich hier eine Subventionierung der Stundenlöhne verbietet.

Ein Mindestlohn von 7 Euro führt bei einer 40-Stunden Woche im Monat zu ca. 1200 Euro brutto im Monat. Netto wären das ca. 950 Euro was im Hinblick auf das Lohnabstandsgebot auch die Untergrenze für eine Vollzeitarbeit darstellen sollte.